

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 1,20 RM. Zuständig: Verlagsamt, Eingetragenes Handelsunternehmen. Verantwortlich: Verlagsamt. Druck: Verlagsamt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Abnahme bis zum 10. März 1934 ist gesichert. Jede Abnahme nach dem 10. März ist nur gegen Vorzahlung möglich. Die Abnahme bis zum 10. März 1934 ist gesichert. Jede Abnahme nach dem 10. März ist nur gegen Vorzahlung möglich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 190 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshoch: Dresden 2640 Mittwoch, den 16. August 1933

Ungebetene Gäste.

Sehr lebenswürdig haben die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren diejenigen nicht gerade behandelt, die dort vor allem aus Europa, dann aber auch aus anderen Teilen der Welt einzuwandern versuchten oder um die Genehmigung zur Einwanderung baten. Man hatte „drüben“ Arbeitslose genug und namentlich die Gewerkschaften drängten — trotz aller „Klassen-solidarität“ — immer von neuem auf eine mögliche Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen. Und zwar mit großem Erfolg! Darum wird es diesen Arbeiterkreisen leicht sozialistischen Charakters gar nicht unangenehm sein, wenn plötzlich der amerikanische Konsul in Paris neuerdings von Deutschen, die das Einreisevisum für die Vereinigten Staaten beantragen, den strikten Nachweis dafür verlangt, daß sie ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben. Nur wer andernfalls eine ausdrückliche Bescheinigung einer deutschen Behörde erbringt, daß er nicht etwa ein „politischer Flüchtling“ sei, kann — vielleicht — doch das Einreisevisum erhalten.

Damit will sich Amerika ausnahmslos alle jene Deutschen vom Leibe halten, die seit den letzten sechs Monaten — oder in Vorabnahme des Kommenden auch schon früher — offen oder heimlich Deutschland verlassen haben. Man kann es den Amerikanern nicht verdenken, daß sie keine Lust haben, diesen Leuten die Pforten ihres Landes aufzusperren, nur weil man sich als „politischer Flüchtling“ ausstatten will, und das „Mittel der Welt“ in Anspruch nimmt. Das hat man sich draußen überraschend schnell dort versichert, wo es ein starkes und selbstverständliches Nationalgefühl einfach nicht verstehen kann, daß jemand die eigene Heimat schmäht oder gar aufs Übelste beschimpft. Das ist, als wenn man der Mutter ins Gesicht schlägt oder gar mit dem erhobenen Dolch der Lüge und Verleumdung auf sie losgeht. Ein wenig süßig mag man in Amerika über den moralischen „Wert“ dieser „politischen Flüchtlinge“ auch schon damals geworden sein, als die antideutsche Greuelbegebe einen besonders lauten Widerhall und eifrigste Förderung durch die amerikanischen Juden fanden. Deren Heimatstätten zum großen Teil im östlichen und südöstlichen Europa liegen, und die der waschechte Amerikaner kaum als eine begründete Bereicherung seines Landes und seines Volkes empfinden mag.

Im übrigen ist es durchaus kein Zufall, daß es gerade der amerikanische Konsul in Paris war, der von vornherein einer Abwanderung deutscher Flüchtlinge aus Frankreich nach Amerika einen Niegel vorwarf. Denn auf französischem Boden haben sich die deutschen Emigranten besonders unbeliebt gemacht, und zwar nicht bloß aus dem obenverwähnten nationalen Empfinden der Franzosen, „Gastlandes“, sondern auch aus recht schwerwiegenden wirtschaftlichen Gründen. Das ist übrigens eine Frage, die gerade in Elsaß schon sehr bald laut wurde, wo sich — wegen der leichten sprachlichen Verständigung und der gegen andere Teile Frankreichs starken industriellen Struktur dieser uns entziffener Gebiete — immer größere Scharen von Flüchtlingen massierten und durch dort wohnende jüdische Rassegenossen sogar sehr zu ungunsten der Einheimischen bevorzugt wurden. Schon Ende Mai schrieb der „Figaro“, das bekannte, scharf gegen das neue Deutschland eingestellte Pariser Blatt, einen Artikel mit der Überschrift: „Die deutschen Flüchtlinge sollen sich nicht verhalten!“ Denn es sei ein Mißbrauch der französischen Gastfreundschaft (!), daß die Ausgewanderten, „unter dem Schutze der französischen Fahne ihre Widersacher bedrohen, daß entkommen und Repressalien provozieren“.

Und dies werde noch schlimmer dadurch, daß sich unter ihnen in übrigens ganz unkontrollierbarer Menge auch kommunistische Elemente befänden, die der bolschewistischen Agitation in Frankreich einen neuen Auftrieb gäben. Der Bolschewismus ist aber der allerletzte Importartikel, den Amerika hereinläßt! Abriegen steht es damit namentlich in der Schweiz ebenso übel; die dortigen Behörden haben alle Hände voll damit zu tun, um die kommunistische und antisemitische Agitation nicht allzu groß werden zu lassen. Und wenn ein besonders wildgewordener Moskowiter deutscher Herkunft ausgewiesen wird, dann laucht dank ihrer in der Schweiz bereits ausgebaute Organisation ein neuer politischer Brandstifter auf. Und in Holland, wo sich neben dem kommunistischen Führer Münzenberg, Moskaus Sonderbeauftragter, der „Dichter Zoller“, einstmals Mitglied der Münchener Räteregierung blutigen Angebens, ausstößt, schreibt ein großes Blatt erbittert darüber, daß das Treiben dieser „Intellektuellen“ aus dem geistigen Deutschland nur minderwertigsten Schund und größte Schamlosigkeit nach Amsterdam gebracht hätte.

Schon längst heißt's also nicht bloß mehr in Frankreich, die deutschen Flüchtlinge sollen den Mund halten, jetzt sagt ihnen Amerika auch noch: die deutschen Flüchtlinge sollen draußen bleiben!

Sachsens Arbeitschlacht.

Energische Maßnahmen der Regierung und der NSDAP.
Unter Vorsitz des Arbeitsministers Dr. Schmidt fand im Gemeinschaftlichen Ministerialgebäude eine Referentenbesprechung statt, die sich mit den Möglichkeiten, den Arbeitsbeschaffungsplan des Reiches in vollen Gange zu setzen, beschäftigte. Die sächsische Regierung steht angesichts der Tatsache, daß Sachsen mehr als eine halbe Million Arbeitslose hat, vor einer sehr schweren Aufgabe, der sie mit der größten Energie zu Leibe geht. Grundlage der Befreiung der Erwerbslosigkeit in Sachsen muß immer bleiben:

Steigerung des Absatzes im Export und auf dem Binnenmarkt,
der eine Folge des Gelingens der Arbeitsbeschaffung in anderen Reichsteilen ist. Außerdem ist es aber notwendig, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsplanes des Reiches zur Entlastung des Arbeitsmarktes mit größter Energie vorzugehen. Damit aber die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung im Rahmen einer Arbeitschlacht in Sachsen auch voll ausgeschöpft werden können, hat Staatskommissar Haase dem Gesamtministerium einen Plan vorgelegt, in welcher Weise die gesamte nationalsozialistische Bewegung in diese Arbeitsbeschaffung eingegliedert und eingeschaltet werden kann. Mit der Art dieses Einsatzes beschäftigte sich die Referentenbesprechung der einzelnen Ministerien. Der Auf Staatskommissars Haase zur intensiven Mitarbeit bei der Arbeitsbeschaffung wird nicht ungehört verhallen. In der nächsten Zeit wird jeder Nationalsozialist seine volle Kraft in den Dienst der Arbeitsbeschaffung stellen. Der gesamte Apparat der Partei wird gemäß dem Willen des Reichsstatthalters und Gauleiters sich restlos in den Dienst der von der sächsischen Regierung geplanten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stellen.

Der Weg in Sachsen ist hart und dornenreich. Der unerschütterliche Wille der sächsischen Regierung mit Hilfe der gesamten nationalsozialistischen Bewegung und der Zusammenhalt des geeinten deutschen Volkes wird ihn jedoch überwinden.

Die beharrliche Kleinarbeit, insbesondere des sächsischen Wirtschaftsministeriums, um der sächsischen Wirtschaft Aufträge zu verschaffen, hat einen neuen Erfolg gezeitigt. Das Sachsenwerk hat laut Mitteilung der Betriebsleitung innerhalb der letzten Monate insgesamt 275 Neueinstellungen vornehmen können. Es ist dies ein Beweis für die Richtigkeit der Worte des sächsischen Wirtschaftsministers Lent, daß das Ziel der Wirtschaft immer die Erreichung des Leistungsziels sein müsse. Die Elektroindustrie ist bekanntlich eine der Qualitäts- und Schlüsselindustrien Deutschlands.

Das gute Beispiel.

Chemnitz. Die unter der Belegschaft der Autonomie veranlaßte freiwillige Sammlung für die Spende zur nationalen Arbeit hat als erstes Ergebnis den Betrag von 5000 Mark erbracht. Die Verwaltung hat die Sammlung auf den doppelten Betrag erhöht, so daß 10 000 Mark zur Ablieferung gelangen. Hierbei sei noch darauf hingewiesen, daß die Autonomie darüberhinaus sich bereits mit über 50 000 Mark an der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft beteiligt hat.

Dresden. Wie die anderen Belegschaften, so führt auch die Dresdner Belegschaft des Hauses Neuenburg ein Prozent des Bruttoverdienstes seit 1. Juli zur Förderung der nationalen Arbeit ab. — Die Dresdner Direktion und Angestelltenverein der Versicherungs-A.-G. Allianz und Stuttgarter Verein führt der gleichen Spende je nach Höhe des Einkommens bis zu 4 Prozent zu. — 720 Mark stellten die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Dresdner Reichsversorgungsämter und Stellen in Dresden zur Verfügung. Die Dresdner Herrenschneiderei Zwangsinnung leistete 1500 Mark.

Ostpreußen flaggt!

Frei von Arbeitslosen und noch freie Arbeitsstellen.

Aus Ostpreußen wird gemeldet: Mit Königsberg ganz Ostpreußen frei! Der letzte Arbeitswille vermittelt. Darüber hinaus noch freie Arbeitsstellen besetzt.

Vor einer Woche begann die planmäßige Freimachung Königsbergs von Arbeitslosen. Durch freiwilligen Einsatz jedes einzelnen nach den Grundsätzen des Erich-Koch-Plans ist es gelungen, für alle gemeldeten männlichen und weiblichen Arbeitswilligen Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Der größte Teil ist bereits an der Arbeitsstelle. Auch die übrigen sind bereits zugeteilt. Die letzten Trupps

ehemals Arbeitsloser verlassen Königsberg in den nächsten Tagen. Die Aufgabe, die gerade in den letzten Tagen angepakt werden konnte,

die Unterbringung älterer Frauen,
ist ebenfalls gelöst. Für sie gibt es Arbeit, die ihrer Eigenart entspricht und die die Möglichkeit zur endgültigen Unterbringung in ländlichen und städtischen Haushaltungen schafft. Ostpreußen hat darüber hinaus

noch freie Arbeitsplätze.
Es denkt jetzt auch an diejenigen Erwerbslosen, die bisher den Arbeitsämtern ferngeblieben sind. Auch für diese sind Arbeitsplätze da, um sie in die Volkswirtschaft vollwertig einzugliedern. An sie ist

folgender Aufruf
gerichtet worden: „Ostpreußen denkt an den letzten seiner Volksgenossen. Freiwillige vor! Nach der Anordnung des Führers hat Ostpreußen für alle bisher erfassten Arbeitswilligen Arbeitsgelegenheit besetzt. Darüber hinaus stehen jetzt noch freie Arbeitsplätze offen. Der ostpreussische und nationalsozialistische Grundsatz ist: Ich achte Menschen für den größten Reichtum! Jeder ostpreussische Arbeitsfähige und Arbeitswillige kann sich beim Arbeitsamt melden und dort Beschäftigung zugewiesen erhalten.“

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Königsberg und somit ganz Ostpreußen ist nun frei von Arbeitslosigkeit. Über unserer Provinz sollen zu Ehren des Tages die Fahnen des neuen Deutschland wehen. Sie sollen auch bekunden, daß die gesamte Bevölkerung Ostpreußens stolze Freude über den Sieg in der Arbeitschlacht empfindet, den der Oberpräsident, Gauleiter Koch, gemeinsam mit ihr errungen hat. Darum für Mittwoch: Fahnen heraus!

Ostpreußens Taltrast schafft Hilfe für das ganze Reich.

Die Erfahrungen aus der ersten Arbeitschlacht.

Wie das Oberpräsidium von Ostpreußen mitteilt, war der Grundsatz für den siegreichen Abwehrkampf gegen die Arbeitslosigkeit in der Provinz: Die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge ist auch auf kurze Fristen gesehen, billiger als die unterstützende Fürsorge.

In erster Linie hat man Bodenverbesserungsarbeiten in Angriff genommen, weil hier die Möglichkeit besteht, dieses bisher von der Gesamtheit des Volkes nicht voll ausgenutzte Vermögen, den Boden, durch Verbindung mit dem nicht ausgenutzten Kapital der Arbeitskraft wieder nutzbringend zu verwerten. Gleichzeitig ist durch die Überführung größerer Gruppen Arbeitswilliger aus dem Land durch Übernahme ihrer Verpflegung und ihren Einsatz zur Steigerung des landwirtschaftlichen Bodenertrages die

Intensivierung der Landwirtschaft von der Arbeitskraft her,

also nicht wie früher von der Kapitalseite her, angefaßt worden. Es hat sich weiter gezeigt, daß bei richtigem Aufbau der Kameradschaftslager auch ältere, vorher in ganz anderer Tätigkeit beschäftigte Personen geru bereit waren, auf dem Lande mitzuarbeiten.

Für rund 2500 Frauen sind ebenfalls Kameradschaftsgruppen gebildet worden, die mithelfen, die Ausrüstung und Bekleidung für die in Ostpreußen tätigen Arbeitsdienstwilligen, Landhelfer und Landdienstler zu schaffen.

Für die Finanzierung der Arbeiten ist man davon ausgegangen, daß mindestens durch zwei in der Landwirtschaft tätige Kräfte ein Arbeitsplatz in Industrie und Gewerbe geschaffen wird.

Schon diese einfache Überlegung zeigt, daß bei öffentlichen Arbeiten rund ein Drittel mehr an Löhnen gezahlt werden kann, als die durchschnittliche Unterstützung beträgt, wenn es möglich ist, Vorhaben zu finden, die größtenteils ohne weitere Geldmittel finanziert werden können. Das ist in Ostpreußen gelungen und dürfte auch in anderen Gebieten des Reiches möglich sein. Darüber hinaus steht schon jetzt fest, daß das gesamte Wirtschaftsleben durch Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess derartig schnell aufrechterhalten, daß in wenigen Monaten schon Ersparnisse eintreten.

Ostpreußen wird deshalb voraussichtlich an Förderungsbeträgen für öffentliche Arbeiten in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis 31. März 1934 auf die früher vorhandenen ostpreussischen Arbeitslosen berechnet, weniger Förderungsanstrengungen haben, als in demselben